

Peichl, Andreas; Pestel, Nico; Siegloch, Sebastian; Sommer, Eric

**Working Paper**

## Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform?

IZA Standpunkte, No. 59

**Provided in Cooperation with:**

IZA – Institute of Labor Economics

*Suggested Citation:* Peichl, Andreas; Pestel, Nico; Siegloch, Sebastian; Sommer, Eric (2013) : Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform?, IZA Standpunkte, No. 59, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/91869>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

IZA Standpunkte Nr. 59

## **Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform?**

Andreas Peichl  
Nico Pestel  
Sebastian Siegloch  
Eric Sommer

August 2013

# **Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform?**

**Andreas Peichl**

*IZA, Universität zu Köln und CESifo*

**Nico Pestel**

*IZA*

**Sebastian Sieglösch**

*IZA und Universität zu Köln*

**Eric Sommer**

*IZA und Universität zu Köln*

IZA Standpunkte Nr. 59  
August 2013

IZA

Postfach 7240  
53072 Bonn

Tel.: (0228) 3894-0  
Fax: (0228) 3894-180  
E-Mail: [iza@iza.org](mailto:iza@iza.org)

Die Schriftenreihe „IZA Standpunkte“ veröffentlicht politikrelevante Forschungsarbeiten und Diskussionsbeiträge von IZA-Wissenschaftlern, IZA Research Fellows und IZA Research Affiliates in deutscher Sprache. Die Autoren sind für den Inhalt der publizierten Arbeiten verantwortlich. Im Interesse einer einheitlichen Textzirkulation werden Aktualisierungen einmal publizierter Arbeiten nicht an dieser Stelle vorgenommen, sondern sind gegebenenfalls nur über die Autoren selbst erhältlich.

## ZUSAMMENFASSUNG

### **Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform?\***

Die Steuervorschläge der Parteien stellen einen wesentlichen Teil ihrer Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2013 dar. Sie werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, da davon ausgegangen wird, dass sie einen erheblichen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben werden. Daher stellt sich unmittelbar die Frage, welche Wählergruppen durch welche Steuerpläne be- oder entlastet werden. Aus politökonomischer Sicht sind die Parteien mit der Entscheidung konfrontiert, entweder die eigene Wählerklientel zu begünstigen oder neue Wähler für sich zu gewinnen. In diesem Beitrag simulieren wir die Aufkommens- und Beschäftigungswirkungen der Wahlprogramme der Parteien und analysieren, welche Wählerschichten von welchem Parteiprogramm profitieren würden. Es zeigt sich, dass die meisten Parteien in erster Linie ihre eigene Klientel im Blick haben. Einzig das Programm von Bündnis 90/Die Grünen würde eine deutliche Mehrbelastung der Grünen-Anhänger mit sich bringen. Auch die FDP-Sympathisanten wären davon überproportional betroffen, da sich FDP- und Grünen-Anhänger in vielen sozio-demografischen Merkmalen sehr ähnlich sind. Darüber hinaus zeigt sich, dass insbesondere die Wähler der Linkspartei von allen drei Oppositionsprogrammen profitieren würden.

JEL-Codes: D31, H24, J21

Schlagworte: Bundestagswahl, Wahlprogramme, Verteilungswirkungen, Parteipräferenzen

Kontaktadresse:

Andreas Peichl  
IZA  
Postfach 7240  
D-53072 Bonn  
E-Mail: [peichl@iza.org](mailto:peichl@iza.org)

---

\* Wir danken Max Löffler für hilfreiche Kommentare.

# 1 Einleitung

Steuerpläne von Parteien spielen traditionell eine große Rolle in Wahlkämpfen und beeinflussen so die Wahlentscheidung. Auch in den Wahlprogrammen für die Bundestagswahl am 22. September 2013 machen die die Steuerreform-Vorschläge der einzelnen Parteien einen wesentlichen Teil aus. Entsprechend ausführlich wurden die Reformpläne - insbesondere die der Oppositionsparteien - bisher in der Öffentlichkeit diskutiert. Große mediale Beachtung hat dabei die Frage erfahren, inwieweit die Reformvorschläge von Bündnis 90/Die Grünen die eigene Wählerklientel belasten würden.<sup>1</sup>

Die Frage, welche Wählergruppen durch welche Steuerpläne be- oder entlastet werden, betrifft jedoch nicht nur Die Grünen, sondern alle Parteien. Sie erscheint vor allem aus einer politökonomischen Perspektive äußerst interessant. Einerseits ist es nicht im Interesse einer Partei, ihr angestammtes Klientel durch zu hohe Belastungen zu verprellen, wobei das Ausmaß der akzeptablen Belastung von den Umverteilungspräferenzen der Wählerschichten abhängt. Andererseits versuchen Parteien, neue Wählerschichten zu erschließen. Dabei könnten gezielte Entlastungen eine Möglichkeit der Erweiterung der Wählerschaft darstellen (Cox 2009). So besteht aus Sicht der Parteien ein Trade-Off zwischen dem Erreichen neuer Wählergruppen und einer Politik im Sinne der Stammwähler.

Daher analysiert der vorliegende Beitrag die zu erwartenden Verteilungswirkungen der Steuerreform-Pläne hinsichtlich der Wählerschaft. Die Analyse erfolgt dabei mithilfe eines Mikrosimulationsmodells unter Berücksichtigung von Beschäftigungseffekten auf Basis von Haushalts-Mikrodaten. Hierbei beschränken wir uns auf die Reformpläne der Parteien in Bezug auf Einkommensteuern, Sozialversicherungsabgaben und Sozialleistungen, um eine Vergleichbarkeit der Programme herzustellen. Insbesondere die Oppositionsparteien haben in ihren Wahlprogrammen diesbezüglich recht konkrete Reformpläne formuliert. So schlagen SPD, Grüne und Linke tendenziell tarifliche Steuererhöhungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Grundfreibeträge vor. Hinzu kommen weit reichende Vorschläge bei den Sozialversicherungsabgaben sowie den Sozialleistungen. Die Programme der Regierungsparteien fallen dagegen deutlich weniger umfangreich aus. Während die CDU/CSU lediglich eine Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrags vorschlägt, beschränkt sich die FDP auf die Abschaffung des Solidaritätszuschlags.<sup>2</sup>

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Parteien offensichtlich unterschiedliche Strategien bei der Formulierung ihrer Parteiprogramme verfolgen. Von der von der FDP vorgeschlagenen Abschaffung des Solidaritätszuschlags profitieren per Konstruktion alle Steuerzahler. Dies kommt insbesondere wohlhabenden Bevölkerungsschichten überproportional und damit der FDP-Stammwählerschaft zu Gute. Interessanterweise profitieren auch die Sympathisanten der Grünen davon verhältnismäßig stärker als die Gesamtbevölkerung, da sie den FDP-Sympathisanten nicht nur im Hinblick auf das Einkommensniveau relativ ähnlich sind. Die Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke schlagen dagegen in ihren jeweiligen Wahlpro-

---

<sup>1</sup> Siehe z.B.: Die Robin-Hood-Partei, DER SPIEGEL, 15/2013 und "Unser Konzept entlastet 90 Prozent der Steuerzahler" – Stimmt das?, ZEITmagazin, 29.05.2013.

<sup>2</sup> Vergleichbare Analysen wurde kürzlich vom IW Köln (Kroker et al. 2013) sowie vom DIW Berlin (Bach et al. 2013) veröffentlicht. Die vorliegende Studie weist jedoch starke Unterschiede in Bezug auf Methodik und Umfang der berücksichtigten Reformen auf. Beispielsweise beruhen unsere Schätzungen der Budget- und Arbeitsangebotseffekte auf einem mikrobasierten Verhaltensmodell, während die IW-Zahlen mit dem Wachstumsmodell des Sachverständigenrats berechnet wurden. Das DIW beschränkt sich in seiner Untersuchung auf die Änderungsvorschläge für den Einkommensteuertarif, während wir auch Änderungen an der Bemessungsgrundlage sowie Änderungen bei den Sozialversicherungsabgaben und den Transferleistungen berücksichtigen.

grammen ein Bündel von Politikmaßnahmen mit differenzierten Verteilungseffekten vor. Von allen Oppositionsprogrammen würden lediglich die Sympathisanten der Partei Die Linke profitieren, während die Wählerschichten aller anderen Parteien belastet würden, insbesondere Bezieher hoher Einkommen, die in der Regel eher der FDP oder den Grünen nahe stehen. Das Wahlprogramm der Grünen sticht dabei insofern heraus, weil sie die einzige Partei sind, die ihre eigene Anhängerschaft deutlich belasten.

Der Beitrag ist weiter wie folgt strukturiert. In Abschnitt 2 geben wir einen Überblick über die Reformvorschläge der Parteien im Bereich der Einkommensteuer, den Sozialversicherungsabgaben sowie von Sozialleistungen. Anschließend wird die Datengrundlage und die Methodik des Mikrosimulationsmodells erläutert. Die Auswirkungen der Wahlprogramme auf die öffentlichen Haushalte und auf die Beschäftigung werden in Abschnitt 5 dargestellt. Abschließend analysieren wir die Verteilungswirkungen der Reformprogramme mit Fokus auf die Einkommensänderungen nach Parteipräferenz.

## 2 Die Reformpläne der Parteien im Überblick

Im Folgenden werden die Reformvorschläge der im Bundestag vertretenen Parteien in den Bereichen Einkommensteuer, Sozialversicherungen und Sozialleistungen vorgestellt. Grundlage sind jeweils die Wahlprogramme mit Stand vom 15. Juli 2013.<sup>3</sup>

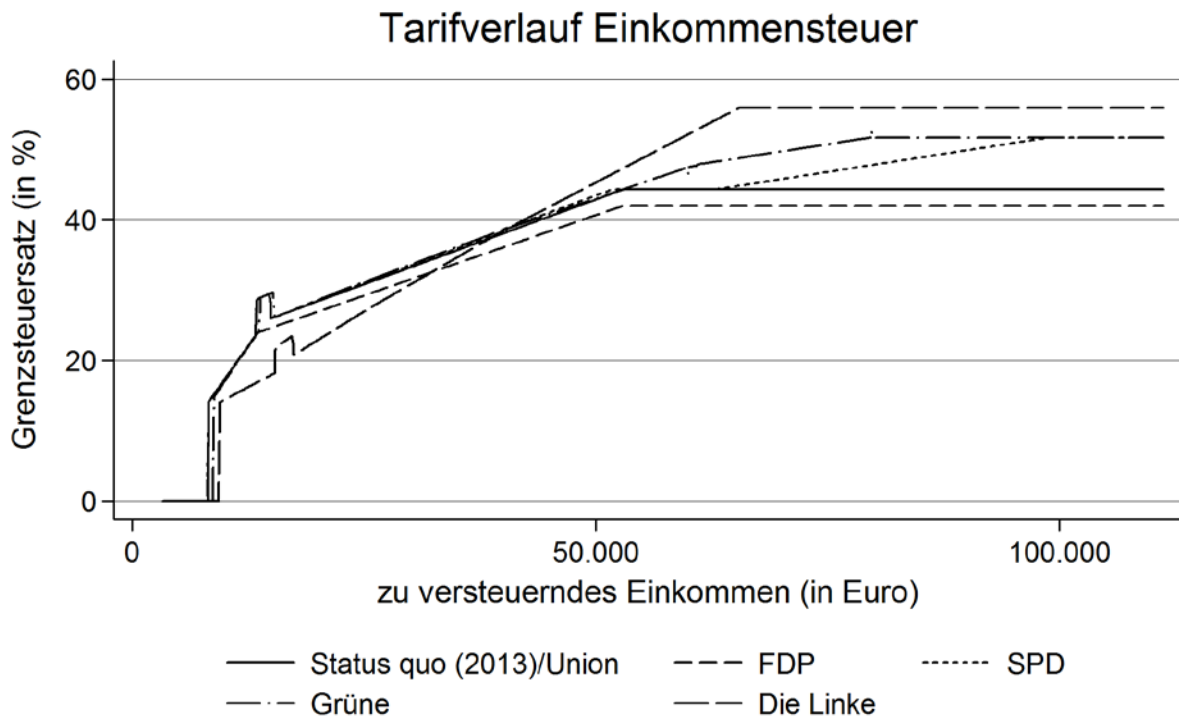
Konkret berechenbare Änderungen am Einkommensteuertarif werden nur von den drei Oppositionsparteien vorgeschlagen, wobei tendenziell Steuererhöhungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Grundfreibeträge Eingang in die entsprechenden Wahlprogramme gefunden haben (siehe auch Abbildung 1). So planen Grüne und Linkspartei die Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8.700 € bzw. 9.300 € (Status Quo: 8.130 €). Die Linkspartei schlägt darüber hinaus vor, die beiden Progressionsstufen durch eine einzige Progressionsstufe zu ersetzen, die vom Grundfreibetrag und einem Eingangssteuersatz von unverändert 14% bis zu einem neuen Spitzensteuersatz von 53% ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 € verläuft. Damit wird der so genannte Mittelstandsbauch geglättet. Außerdem soll für Einkommen ab einer Million Euro ein Grenzsteuersatz von 75% gelten. Die Pläne der Grünen sehen vor, die zweite Progressionsstufe bis zu einem steuerpflichtigen Einkommen von 59.438 € und einem Steuersatz von 45% zu verlängern. Dann folgt eine weitere Progressionszone bis zum neuen Spitzensteuersatz von 49% ab einem Einkommen von 80.000 €. Der gleiche Spitzensteuersatz ist auch im SPD-Wahlprogramm zu finden. Allerdings setzt hier die letzte Progressionszone erst bei 64.000 € ein und erreicht den Spitzensatz erst bei 100.000 €. Schließlich plant die FDP – zumindest mittelfristig – den Solidaritätszuschlag abzuschaffen.<sup>4</sup> In unseren Simulationen betrachten wir die Wirkungen einer sofortigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags, da unklar ist, in welchen Schritten er reduziert werden soll und um die volle Wirkung dieses Vorschlags mit denen der anderen Parteien vergleichen zu können. Außerdem ist auch bei anderen Programmen nicht klar, in welchen Schritten sie im Falle einer Regierungsbeteiligung umgesetzt würden.

---

<sup>3</sup> CDU/CSU: „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“; SPD: „Das Wir entscheidet“; FDP: „Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt“; Bündnis90/Die Grünen: „Zeit für den grünen Wandel“; DIE LINKE: „100% sozial“.

<sup>4</sup> Der Solidaritätszuschlag stellt einen Aufschlag von 5,5% auf die tarifliche Einkommensteuer dar.

Abbildung 1: Vergleich der Tarifverläufe



Inkl. Solidaritätszuschlag. Quelle: IZAΨMOD v3.0.1.

Weitere Änderungen sind bei der **steuerlichen Behandlung von Familien** geplant. So möchte die Union den Kinderfreibetrag von derzeit auf 7.008 € auf das Niveau des allgemeinen Grundfreibetrags anheben.<sup>5</sup> Einen gegensätzlichen Weg verfolgen die Oppositionsparteien, die allesamt den Übergang zur Individualbesteuerung anstreben. Nach Plänen der Linkspartei soll das Ehegattensplitting daher ersatzlos gestrichen werden, während die SPD dieses Privileg nur für zukünftig geschlossene Ehen abschaffen will. Letzterer Vorschlag ist mit unserer Datenbasis nicht berechenbar, da nur bereits bestehende Ehen beobachtet werden. Die Grünen schlagen einen Mittelweg aus Ehegattensplitting und Individualbesteuerung vor, indem der Splittingvorteil (die Differenz der Steuerlast aus gemeinsamer und getrennter Veranlagung) vorerst für Paare begrenzt wird, die zusammen mehr als 60.000 € verdienen. Dies impliziert eine Begrenzung des Splittingvorteils auf rund 5.500 €.

Daneben planen alle Oppositionsparteien Änderungen bei der **Besteuerung von Kapitalerträgen**. Alle drei Parteien stimmen darüber ein, die Abgeltungssteuer abzuschaffen und Kapitalerträge wie vor 2009 mit dem persönlichen Einkommensteuersatz zu besteuern. Während Grüne und Linkspartei dies kurzfristig umsetzen wollen, will die SPD den Steuersatz auf Kapitalerträge in einem ersten Schritt von 25% auf 32% anheben.

Reformen bei den **Krankenversicherungsbeiträgen** konzentrieren sich bei den Oppositionsparteien auf eine grundlegende Reform der Krankenversicherung hin zu einer Bürgerversicherung. Als Bürgerversicherung verstehen wir dabei eine Reform der Sozialversicherung dahingehend,

<sup>5</sup> Darüber hinaus spricht sich die Union langfristig für einen Ausbau des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting aus, wodurch die Steuerersparnis durch jedes Kind im Haushalt steigen würde. Für die vorliegende Analyse wurden Familiensplitting-Reformen allerdings ausgeklammert, da detaillierte Vorschläge hierzu nicht vorliegen.

dass sämtliche Einkunftsarten, also Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Selbstständigkeit, Kapitalerträgen sowie Vermietung und Verpachtung bei der Berechnung der Beiträge zugrunde gelegt werden. Dies wird im Programm der Linkspartei verknüpft mit der Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, d.h. der Beitragssatz bleibt auch für Spitzenverdiener konstant. Der allgemeine Beitragssatz soll auf 10,5% gesenkt werden, wobei gleichzeitig Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite geschaffen wird (Status Quo: Arbeitnehmer 8,2%, Arbeitgeber 7,3%). Der Grünen-Vorschlag unterscheidet sich davon insofern, als dass die Beitragsbemessungsgrenze nicht gestrichen, sondern auf das Niveau der Rentenversicherung in den alten Bundesländern angehoben wird. Dies bedeutet eine Anhebung der Bemessungsgrenze von monatlich 3.938 € auf 5.800 €. Die SPD möchte die Bemessungsgrenzen unverändert lassen. Da weder die SPD noch die Grünen einen Beitragssatz für die Bürgerversicherung formulieren, setzen wir einen paritätischen Beitragssatz von 12% (Grüne) bzw. 14% (SPD) an, da diese das Gesamtaufkommen der Krankenversicherungsbeiträge in etwa unverändert lassen.

Im Bereich der Sozialleistungen haben alle drei Oppositionsparteien umfassende Reformvorhaben formuliert. So soll der **Regelsatz des Arbeitslosengeldes II** für Singles nach dem Wahlprogramm der Linkspartei von 382 € auf 500 € monatlich angehoben werden. Die Grünen peilen dagegen eine Erhöhung auf 420 € an. Da die Wahlprogramme nicht die Höhe der Regelsätze für Kinder und weitere im Haushalt lebende Erwachsene nennen, haben wir für die Simulationsrechnungen konstant einen Anstieg der Regelsätze von 30% (Linkspartei) bzw. 10% (Grüne) unterstellt. Das **Kindergeld** soll nach SPD-Plänen für Gering- und Mittelverdiener erhöht werden bis zu einem Brutto-Monatseinkommen von 3.000 €. Der maximale Zuschlag pro Kind beträgt 140 € monatlich. Die Anrechnung des Kindergelds für Empfänger von Arbeitslosengeld II soll dabei beibehalten werden. Das neue SPD-Kindergeld soll anstelle des bisherigen Kinderzuschlags treten, der regelmäßig wegen seiner Komplexität und seiner verfehlten Anreizwirkungen kritisiert wird (vgl. Knabe 2006). Die Grundsicherung für Kinder würde somit ins Kindergeld integriert. Die Grünen schlagen eine Kindergrundsicherung vor, die Kinderfreibeträge, Kindergeld und Kinderzuschlag obsolet machen soll. Allerdings finden sich im Wahlprogramm keine konkreten Zahlen, so dass wir aus Gründen der Vergleichbarkeit auch für die Grünen das SPD-Modell unterstellen.<sup>6</sup> Der Kinderzuschlag wird in beiden Reformprogrammen gestrichen. Die Linke schließlich plant eine Anhebung des Kindergelds auf 200 € für das erste Kind, unabhängig vom Einkommen der Eltern (Status Quo: 184 €). Die Sätze der weiteren Kinder werden entsprechend angehoben.

Weitere Reformvorschläge, insbesondere die der Oppositionsparteien im Bereich der Steuerpolitik (z.B. Änderungen bei der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung oder Einführung einer Finanztransaktionssteuer) werden in der weiteren Analyse nicht betrachtet, da wir uns einerseits auf Reformen konzentrieren, die das laufende Haushaltseinkommen betreffen und andererseits die entsprechende Datengrundlage nicht zur Verfügung steht.

### 3 Datengrundlage

Als Datengrundlage unserer Analyse dient die 2011er Welle des Sozioökonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Für das Arbeitsangebotsmodell nutzen wir unter anderem Informationen zu Haushaltszusammensetzung, Erwerbsverhalten und Einkommen aus verschiedenen Quellen. Darüber hinaus werden in der vorliegenden

---

<sup>6</sup> Auch wenn der Grünen-Vorschlag weitergehender ist als der der SPD, wird dadurch zumindest das Kindergeld für Geringverdiener angehoben.



Untersuchung insbesondere die Angaben über individuelle Parteipräferenzen genutzt. In der 2011er SOEP-Welle wurde jeder erwachsene Teilnehmer gefragt, ob er eine Präferenz für eine politische Partei hat und falls ja, für welche. Ein Vergleich der Anhänger der im Bundestag vertretenen Parteien, differenziert nach soziodemographischen Merkmalen und Parteipräferenzen findet sich in Tabelle 1. Dabei werden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.

Bei der Klassifizierung wurde die Gruppe derjenigen, die keine Präferenz oder eine Präferenz für eine nicht im Bundestag vertretene Partei angeben, weiter unterteilt nach dem geäußerten Interesse für Politik. Dies wurde auf einer vierstufigen Skala abgefragt (von „sehr stark“ bis „überhaupt nicht“). Personen, die mindestens starkes Interesse äußern, werden als „politisch interessiert“ klassifiziert, die übrigen als „nicht interessiert“. Das Interesse an Politik lässt zwar nicht direkt auf das Wahlverhalten schließen, jedoch zeigt die Auswertung der 2009er SOEP-Welle, dass ein starker Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Wahlabsicht besteht.<sup>7</sup> Die beiden Spalten „Regierungslager“ und „Oppositionslager“ fassen Anhänger von Regierungs- und Oppositionsparteien zusammen, inklusive derjenigen, die als Präferenz eine Parteienkombination (z.B. „Rot-Grün“) angeben.

**Tabelle 1: Parteipräferenzen nach soziodemographischen Merkmalen**

<i>Mittelwerte bzw. Anteile</i>	Union	FDP	Regie- rung	SPD	Grüne	Linke	Opposi- tion	Keine Präfe- renz	
								interes- res- siert	nicht inte- res- siert
<b>Gesamtanteil</b>	17,9%	1,5%	19,5%	14,1%	7,4%	3,0%	24,5%	15,3%	40,7%
Alter	57,8	51,8	57,4	56,7	47,0	55,4	53,6	52,8	48,2
Anteil Frauen	47,1%	37,1%	46,3%	48,7%	57,8%	44,9%	51,0%	40,6%	62,1%
Anzahl Kinder	1,7	1,8	1,7	1,6	1,7	1,5	1,6	1,7	1,7
Neue Bundesländer	15,2%	16,8%	15,4%	15,6%	10,5%	73,2%	21,0%	29,3%	30,4%
Hochschulabschluss	34,2%	54,0%	35,8%	31,3%	62,3%	44,0%	42,2%	37,8%	17,4%
Keine Berufsausbildung	8,4%	3,8%	8,0%	10,0%	2,9%	6,9%	7,5%	6,0%	15,2%
Rentner	46,4%	33,3%	45,4%	43,9%	14,9%	37,8%	34,4%	33,4%	24,1%
Öffentlicher Dienst	12,8%	12,4%	12,8%	15,2%	27,1%	12,8%	18,5%	15,9%	12,5%
Nettoeinkommen	2.390	3.180	2.453	2.127	2.420	1.635	2.156	2.064	1.598
Arbeitseinkommen	1.817	2.697	1.886	1.666	2.514	1.393	1.889	1.866	1.426
Eink. aus Selbstständigkeit	350	1.031	404	158	366	129	217	300	126
Kapitaleinkommen	104	183	110	48	90	39	59	109	26
Transferempfänger	1,1%	0,0%	1,0%	2,8%	1,8%	7,1%	3,0%	4,2%	7,6%

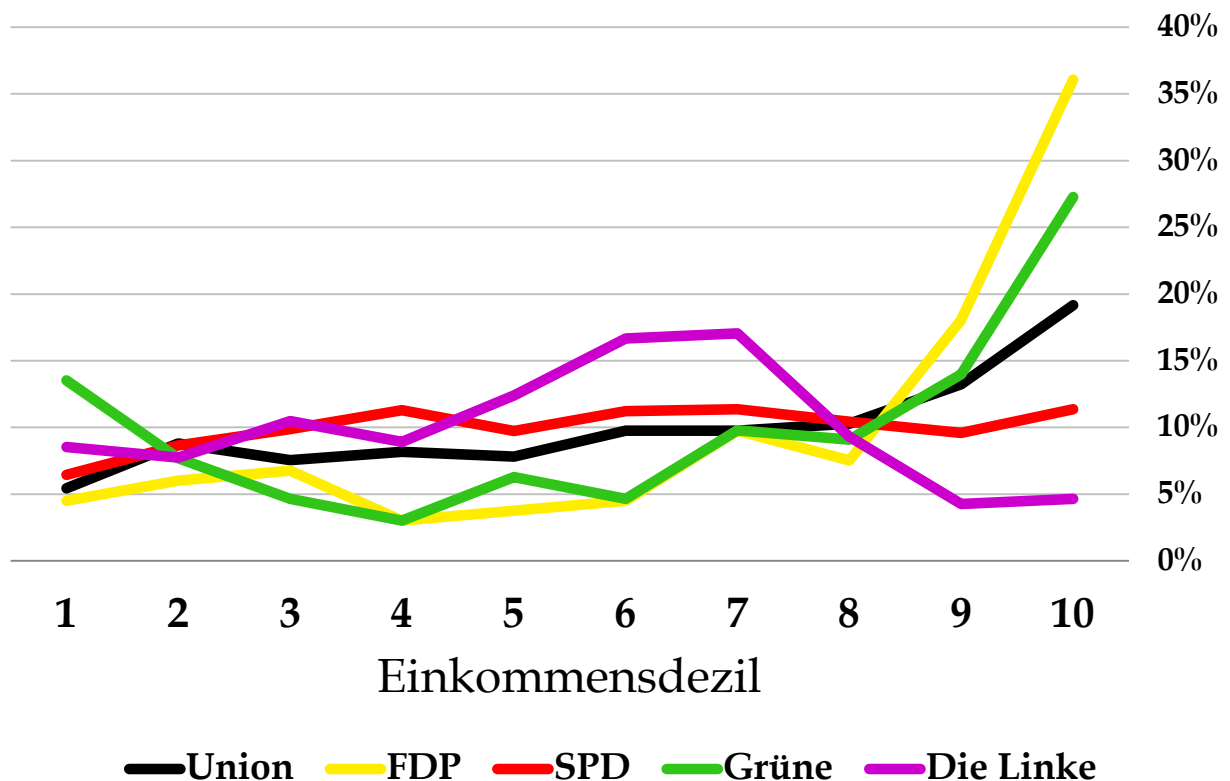
Quelle: SOEP-Welle 2011. Die durchschnittliche Anzahl der Kinder wurde für Haushalte mit mindestens einem Kind berechnet. Das verfügbare Einkommen wurde mit der modifizierten OECD-Skala gewichtet, um das Einkommen zwischen Bewohnern unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen. Auf die Höhe des Vermögens wurde aus den angegebenen Kapitaleinkommen geschlossen und bietet somit einen Anhaltspunkt für die Höhe des Finanzvermögens. Alle monetären Werte sind ausgedrückt in Preisen von 2013.

<sup>7</sup> In der 2009er SOEP-Welle wurde die Bereitschaft zu wählen abgefragt. In der Gruppe derjenigen mit Interesse an Politik, aber ohne Parteipräferenz gaben 85% der Befragten an, „wahrscheinlich“ oder „ganz bestimmt“ ihre Stimme abzugeben. Unter den an Politik weniger Interessierten betrug dieser Anteil nur 55%.

Tabelle 1 bestätigt weitgehend das gängige Bild der diversen Wählergruppen. Die Wähler der Volksparteien Union und SPD weisen über alle Merkmale hinweg Durchschnittswerte auf. Einzig auffallend ist der etwas höhere Anteil an Rentnern. Die FDP wird vorwiegend von Männern und von Personen mit einem hohen Einkommen aus Selbstständigkeit gewählt. Grünen-Wähler sind in der Mehrzahl weiblich, haben einen Hochschulabschluss und arbeiten überdurchschnittlich häufig im öffentlichen Dienst. Nahezu drei von vier Wählern der Linkspartei finden sich in den neuen Bundesländern, außerdem liegt der Anteil der Transferempfänger deutlich über dem Anteil in Wählergruppen anderer Parteien. Interessant ist zudem der hohe Anteil an Transferempfängern und Personen ohne Berufsabschluss unter den Nichtwählern. Dies legt einen starken Zusammenhang nahe zwischen dem Ausbildungsniveau und dem Interesse an Politik.

Daneben gibt Abbildung 2 eine Übersicht über die Verteilung der Parteipräferenzen über die die Einkommensdezile. Während sich kaum Wähler der Linkspartei unter den Beziehern hoher Einkommen finden, stammen verhältnismäßig viele Wähler von FDP und Grünen aus den oberen Einkommensdezilen. Die Wähler der beiden Volksparteien sind relativ gleichmäßig verteilt über alle Einkommensschichten.

**Abbildung 2: Parteipräferenzen nach Einkommensdezilen**



Quelle: SOEP-Welle 2011. Lesebeispiel: 20% der Personen mit Parteipräferenz „Union“ sind dem höchsten Einkommensdezil zuzurechnen, während 5% der Unions-Anhänger aus dem untersten Einkommensdezil stammen. Die Prozentwerte addieren sich somit für jede Partei zu 100.

#### 4 Methodik

Die vorgestellten Simulationsergebnisse beruhen auf IZAΨMOD, dem Mikrosimulationsmodell des IZA (Peichl et al. 2010, Löffler et al. 2013). In einem ersten Schritt wird das gegenwärtige Steuer- und Transfersystem (Rechtsstand Juli 2013) im Rahmen eines statischen Moduls nach-

gebildet. Dabei wird unter Berücksichtigung von Freibeträgen, Anrechnungspauschalen, Sonderausgaben sowie Abzugsbeträgen für außergewöhnliche Belastungen und sonstige Privateinwendungen die individuelle Einkommensteuerlast berechnet. Das gleiche gilt für die Belastung mit Beiträgen für Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Schließlich wird geprüft, ob ein Haushalt bzw. eine Person für den aktuellen Rechtsstand Anspruch auf Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Wohngeld, Sozialhilfe) hat. Anschließend werden die Ergebnisse auf die Gesamtpopulation hochgerechnet. Genauso werden für die betrachteten Reformvarianten die individuell zu leistenden Abgaben und Transfers und somit das verfügbare Einkommen unter dem Reformvorschlag ermittelt. Auf diese Weise können sowohl die Gesamteffekte als auch die Auswirkungen auf jeden einzelnen Steuerfall analysiert werden.

Um die Effekte auf das Arbeitsangebot zu simulieren, verwenden wir ein diskretes Nutzenmodell in Anlehnung an Van Soest (1995). Dabei handelt es sich um ein statisches, strukturelles Haushaltsarbeitsangebotsmodell, das die Arbeitsangebotsentscheidung der Haushaltsmitglieder als optimale Wahl zwischen einer begrenzten Anzahl von möglichen Arbeitszeitkategorien modelliert. Konkret können sich die Individuen zwischen Nicht-Erwerbstätigkeit (0 Stunden), Teilzeittätigkeit im Umfang von durchschnittlich 10, 20 oder 30 Wochenstunden, sowie Vollzeittätigkeit im Umfang von durchschnittlich 40, 50 oder 60 Wochenstunden entscheiden. Paareshaushalte treffen ihre Arbeitsangebotsentscheidung per Annahme gemeinsam. Durch Berücksichtigung der möglichen Kombinationen können somit sowohl Wirkungen auf das Arbeitsangebot von Frauen als auch von Männern im Haushaltskontext simuliert werden. Weitere Determinanten des Arbeitsangebots (neben Freizeit und Konsum) sind die Anzahl und das Alter der Kinder, Behindertenstatus sowie das Vorhandensein von pflegebedürftigen Personen im Haushalt. Darüber hinaus tragen wir der Tatsache Rechnung, dass Haushalte nicht jede Sozialleistung, für die sie berechtigt sind, auch beantragen. Gründe dafür sind Unkenntnis der Sozialleistung und gefühlte Stigmatisierung von Transferempfängern. Das bedeutet, dass in jeder Arbeitszeitkategorie mit Anspruch auf eine Sozialleistung die Option besteht, diese auch zu beantragen oder nicht („Take-Up-Simulation“).

Neben dem benötigten Zeitaufwand hängt der spezifische Nutzen einer Arbeitszeitkategorie vom damit verbundenen Nettoeinkommen ab. Dies wiederum ist abhängig vom individuellen, am Markt erzielbaren Stundenlohn. Es wird unterstellt, dass die jeweils nutzenmaximale Alternative gewählt wurde. Unter dieser Prämisse lassen sich die Parameter der Nutzenfunktion empirisch schätzen. Durch Eingriffe in das Steuer- und Transfersystem verändert sich der Nutzen einzelner Arbeitszeitkategorien, so dass es im Einzelfall zu Verhaltensänderungen kommen kann. Dies ist genau dann der Fall, wenn eine andere Arbeitszeitkategorie durch die Änderung des Nettoeinkommens einen höheren Nutzen impliziert als die im Status Quo gewählte. Die Arbeitsangebotseffekte ergeben sich als Summe aus simulierten individuellen nutzenmaximierenden Entscheidungen vor dem Hintergrund veränderter monetärer Erwerbsanreize. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass es womöglich Restriktionen auf der Unternehmensseite gibt, so dass sich das Arbeitsangebot nicht in jedem Falle realisieren lässt. Unter der üblichen Annahme einer negativen Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage reagieren Unternehmen auf eine Erhöhung des Arbeitsangebots durch eine Senkung der Löhne, was wiederum eine Reaktion auf der Arbeitsangebotsseite hervorruft. Nach der Methode von Peichl und Sieglöcher (2012) ermitteln wir den Lohn, bei dem die Arbeitsangebot und -nachfrage im Gleichgewicht sind. Dem liegen auf Firmen-Ebene geschätzte Nachfrageelastizitäten zugrunde, die nach Qualifikation der Arbeitnehmer differenziert sind.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Siehe Peichl und Sieglöcher (2012) für Details zur Ermittlung des finalen Beschäftigungseffekts.

## 5 Beschäftigungs- und Aufkommenswirkungen

Die simulierten Effekte der Wahlprogramme auf die Beschäftigung, also im neuen Gleichgewicht von Arbeitsangebot und -nachfrage sind in Tabelle 2 dargestellt.<sup>9</sup> Die Differenz in Vollzeitäquivalenten ist definiert als die Differenz in gearbeiteten Stunden, geteilt durch 40 Wochenstunden. Mit anderen Worten, die Anhebung des Kinderfreibetrags durch CDU/CSU erhöht die gesamte Beschäftigung in dem Maße, als ob 25.400 Vollzeitbeschäftigte mehr arbeiten würden. Der Partizipationseffekt gibt dagegen die Anzahl der Personen an, die von Inaktivität oder Arbeitslosigkeit in Beschäftigung wechseln oder umgekehrt.

**Tabelle 2: Effekte auf Arbeitsangebot und Beschäftigung**

	Union	FDP	SPD	Grüne	Die Linke
Arbeitsangebotseffekte in 1.000					
<b>Vollzeitäquivalente</b>	25,4	108,5	-57,0	-111,8	43,0
<b>Partizipationseffekt</b>	13,3	52,5	-39,0	-4,3	164,1
Beschäftigungseffekte in 1.000					
<b>Vollzeitäquivalente</b>	25,4	84,5	-38,6	-80,8	30,3
<b>Partizipationseffekt</b>	13,3	36,0	-26,9	18,6	153,3

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1; Veränderungen gegenüber Rechtsstand 2013.

Die von der FDP vorgeschlagene Abschaffung des Solidaritätszuschlags senkt die Steuerlast besonders in den mittleren und hohen Einkommensbereichen und sorgt daher für diese Gruppe für höhere Arbeitsanreize. Unter dem Strich bleibt ein positiver Beschäftigungseffekt von rund 85.000 Vollzeitäquivalenten.

Der insgesamt negative Effekt von 38.600 Vollzeitäquivalenten für das SPD-Programm resultiert zum größten Teil von Familien aus den niedrigeren Einkommensdezilen. Dies legt nahe, dass das höhere Kindergeld die Erwerbsanreize für Eltern senkt, da das gleiche verfügbare Einkommen mit geringerer Erwerbstätigkeit erzielt werden kann. Weitere Beschäftigungswirkungen ergeben sich aus der Entlastung mit Sozialbeiträgen durch die Bürgerversicherung sowie durch die Erhöhung der Grenzsteuersätze für Bezieher von hohen Einkommen. Diese fallen jedoch kaum ins Gewicht, so dass der negative Effekt durch das höhere Kindergeld überwiegt.

Die Pläne der Grünen sorgen für einen Rückgang der Beschäftigung um knapp 80.000 Vollzeitäquivalente; gleichzeitig steigt die Gesamtzahl der Arbeitnehmer leicht. Diesem Ergebnis liegen im Wesentlichen zwei Effekte zugrunde, wie auch aus der detaillierten Aufschlüsselung des Beschäftigungseffekts in Tabelle 3 deutlich wird. Zum einen senkt die Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes die Erwerbsanreize im unteren Einkommensbereich. Für viele Bezieher von niedrigen Löhnen lohnt sich Erwerbstätigkeit durch die höhere Grundsicherung nicht mehr bzw. weniger. Dazu kommt der Effekt des höheren Kindergelds, ähnlich wie bei der SPD. Der Gesamtrückgang im Arbeitsvolumen beläuft sich auf ca. 100.000 Vollzeitäquivalente. Dieser wird jedoch teilweise ausgeglichen durch einen hohen Partizipationseffekt von Hocheinkommensbezieher. Dies überrascht auf den ersten Blick, da diese Einkommensgruppen sich einer höheren

<sup>9</sup> Die Studie des IW (Kroker et al. 2013) enthält Beschäftigungseffekte nach fünf Jahren, die auf Basis eines dynamischen makroökonomischen Gleichgewichtsmodells berechnet wurden. Demgegenüber verzichtet das vorliegende, statische Modell auf eine explizite Berücksichtigung der Zeitdimension, weshalb wir keine Aussagen über den Zeitraum treffen, in dem sich der simulierte Beschäftigungseffekt einstellt.

Steuerbelastung gegenüber sehen. Allerdings sorgt die Begrenzung des Vorteils durch das Ehegattensplitting dafür, dass die marginale Abgabenquote für viele nicht erwerbstätige Ehegatten (überwiegend Frauen) beträchtlich sinkt. Dies gleicht den Gesamteffekt auf die Arbeitsmarktpartizipation in etwa aus. Der Nettoeffekt auf das Arbeitsvolumen bleibt jedoch negativ.

**Tabelle 3: Beschäftigungswirkungen nach Dezilen**

		<b>RS 2013</b>	<b>Union</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>	<b>Grüne</b>	<b>Die Linke</b>
<i>Dezil</i>		<i>in 1.000</i>	<i>Differenz zu RS 2013 in 1.000</i>				
1	VZÄ	3.757	0,1	0,4	1,1	-40,1	-118,6
	AN	4.333	0,0	-0,8	8,6	-27,6	-102,5
2	VZÄ	2.204	0,4	2,0	-9,9	-21,6	-38,4
	AN	2.418	0,1	0,4	-7,9	-17,3	-33,1
3	VZÄ	2.156	0,7	3,7	-13,0	-20,0	-22,5
	AN	2.344	0,2	1,4	-10,4	-14,3	-22,2
4	VZÄ	2.585	1,9	5,6	-12,2	-14,2	-4,9
	AN	2.774	0,7	2,5	-7,0	-5,7	-7,6
5	VZÄ	2.726	3,6	7,5	-9,7	-9,7	10,8
	AN	2.861	1,6	3,3	-9,1	-5,2	6,5
6	VZÄ	2.860	4,7	8,3	-1,5	0,0	24,8
	AN	3.020	2,2	4,1	-2,0	4,3	19,9
7	VZÄ	3.375	5,4	10,8	0,5	-0,7	29,4
	AN	3.556	2,7	4,9	-2,0	6,1	28,4
8	VZÄ	3.672	5,5	11,9	5,6	7,3	48,4
	AN	3.731	3,6	5,9	0,8	16,3	56,2
9	VZÄ	4.710	2,7	15,9	7,5	4,9	28,6
	AN	4.730	1,8	6,8	2,3	21,3	66,6
10	VZÄ	5.900	0,4	18,4	-7,0	13,4	72,6
	AN	5.798	0,3	7,6	0,0	40,7	141,0
Σ	VZÄ	<b>33.945</b>	<b>25,4</b>	<b>84,5</b>	<b>-38,6</b>	<b>-80,8</b>	<b>30,3</b>
	AN	<b>35.565</b>	<b>13,3</b>	<b>36,0</b>	<b>-26,9</b>	<b>18,6</b>	<b>153,3</b>

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1. RS 2013 = Rechtsstand 2013. VZÄ: Vollzeitäquivalente; AN: Arbeitnehmern. Die Werte beziehen sich auf die als flexibel angenommene Erwerbsbevölkerung ohne Selbstständige und Beamte.

Hinter den leicht positiven Beschäftigungswirkungen des Programms der Linkspartei stecken prinzipiell ähnliche Mechanismen. Zum einen sinkt die Erwerbstätigkeit bei Beziehern von niedrigen Einkommen noch deutlich stärker als bei den Grünen, ausgelöst durch die starke Anhebung des staatlich garantierten Grundsicherungsniveaus. Dies führt dazu, dass die Anzahl der Haushalte in Transferbezug (Arbeitslosengeld, Wohngeld, Sozialhilfe) um rund 650.000 ansteigt. Der insgesamt positive Beschäftigungseffekt stammt einerseits von der breiten Steuerentlastung der Mittelschicht und vom vollständigen Übergang zur Individualbesteuerung. Dadurch wird der Beschäftigungsrückgang aus dem unteren Einkommensbereich deutlich überkompensiert; allein in den höchsten drei Einkommensdezilen steigt die Arbeitsmarktpartizipation um rund 260.000. Die Erhöhung der Einkommensteuerlast für Spitzenverdiener redu-

ziert die Anzahl der gearbeiteten Stunden, weshalb der aggregierte Effekt in Vollzeitäquivalenzen eher gering ausfällt.

**Tabelle 4: Auswirkungen auf den Staatshaushalt**

Reform	Union	FDP	SPD	Grüne	Die Linke
Statischer Effekt (Mrd. Euro)					
<b>Steueraufkommen</b>	-6,4	-12,7	7,6	13,2	23,6
<b>SV-Abgaben</b>	0,1	0,0	0,4	1,2	6,1
<b>Transferzahlungen</b>	4,4	0,0	-3,7	-7,3	-11,7
<b>Gesamt</b>	<b>-2,0</b>	<b>-12,7</b>	<b>4,3</b>	<b>7,2</b>	<b>18,0</b>
Nach Arbeitsnachfrage (Mrd. Euro)					
<b>Steueraufkommen</b>	-6,3	-13,2	8,3	14,0	18,4
<b>SV-Abgaben</b>	0,3	-0,2	1,8	2,7	5,5
<b>Transferzahlungen</b>	4,5	0,0	-4,4	-8,4	-15,1
<b>Gesamt</b>	<b>-1,4</b>	<b>-13,4</b>	<b>5,7</b>	<b>8,3</b>	<b>8,8</b>

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1; Veränderungen gegenüber Rechtsstand 2013.

Die simulierten Effekte auf die öffentlichen Einnahmen sind in Tabelle 4 dargestellt.<sup>10</sup> Die Budgeteffekte durch das Unions-Programm sind leicht negativ. Die Erhöhung des Kinderfreibetrags sorgt bei einer Reihe von Familien für Steuerersparnisse und somit für staatliche Mindereinnahmen. Gleichzeitig verlieren viele Familien ihren Anspruch auf das Kindergeld, was den Einnahmenrückgang für den Staat deutlich abschwächt. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, wie von der FDP vorgeschlagen, entlastet alle Steuerzahler insgesamt um ca. 13 Mrd. €. Die Aufkommenseffekte sind jedoch nach Anpassung der Arbeitsnachfrage geringer als ohne Verhaltensanpassungen. Dies mag auf den ersten Blick überraschen, da eine höhere Beschäftigung höhere Steuereinnahmen erwarten lässt. Allerdings führt der Anstieg im Arbeitsangebot in Folge der Arbeitsnachfragereaktionen zu einer leichten Lohnsenkung, was die Lohnsumme und damit das zu versteuernde Einkommen senkt. Da hiervon hauptsächlich Besserverdiener betroffen sind (siehe auch Tabelle 7 im Anhang), wirkt sich diese Lohnänderung signifikant auf das Steueraufkommen aus.

Das SPD-Programm führt zu statischen Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer von rund acht Mrd. €. Ursache hierfür sind die Erhöhung des Tarifs im oberen Einkommensbereich und die Anhebung der Abgeltungssteuer. Diesem Anstieg stehen höhere Transferzahlungen für das SPD-Kindergeld gegenüber, so dass sich der statische Gesamteffekt auf Zusatzeinnahmen von 4,3 Mrd. € beläuft. Das Mehraufkommen durch die Pläne von Bündnis 90/Die Grünen resultiert zum größten Teil aus der Erhöhung der Grenzsteuersätze für Besserverdiener. Darüber hinaus wird für einige Paare der Splittingvorteil gedeckelt, was zusätzliche Einnahmen generieren würde. Allein diese beiden Maßnahmen sorgen für ein Mehraufkommen von 13,2 Mrd. €. Durch die Kindergrundsicherung und das höhere Arbeitslosengeld II erhöhen sich allerdings auch die Ausgaben für öffentliche Transfers, so dass unter dem Strich Mehreinnahmen von 7,2 Mrd. € bleiben.

<sup>10</sup> Zum Hintergrund zerlegt Tabelle 7 im Anhang die Budgetwirkungen nach Einkommensdezilen. Tabelle 8 stellt zudem die Verteilung der Steuerlast dar, d.h. den relativen Beitrag jedes Dezils zum Gesamtsteueraufkommen. Bei Hochrechnungen zum Steueraufkommen auf Basis des SOEP ist zu beachten, dass die aggregierten Steuerzahlungen tendenziell überschätzt werden im Vergleich zur Lohn- und Einkommensteuerstatistik. Dies liegt daran, dass im SOEP Steuerabzüge wie Werbungskosten und Sonderausgaben nur unzureichend erfasst werden. Daher wird das zu versteuernde Einkommen und somit das Gesamtsteueraufkommen überschätzt.

Sowohl bei SPD als auch bei Bündnis90/Die Grünen liegen die staatlichen Gesamteinnahmen trotz Beschäftigungsrückgang leicht über den statischen Werten. Der Grund hierfür ist in Tabelle 3 zu finden. Wie oben dargelegt, liegen dem aggregierten Beschäftigungsrückgang heterogene Reaktionen zugrunde. Während die Beschäftigung im unteren Einkommensbereich abnimmt, nimmt sie für Bezieher höherer Einkommen tendenziell zu. Dies führt, im Zusammenspiel mit einem leichten Lohnanstieg infolge des gesunkenen Arbeitsangebots, zu Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Diese überwiegen die Mehrausgaben für Transfers wie Kindergeld und Arbeitslosengeld II.

Auch bei den simulierten Steuermehreinnahmen durch das Programm der Linken spielen mehrere Effekte eine Rolle. Die Tarifreform senkt die Einkommensteuerbelastung für alle Steuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 70.000 €. Für diese Gruppe hält sich die individuelle Entlastung in Grenzen, jedoch machen diese einen großen Anteil der Steuerpflichtigen aus. Dem wirken einerseits der Übergang zur Individualbesteuerung als auch die Abschaffung der Abgeltungssteuer entgegen, so dass die Belastung durch die Einkommensteuer insgesamt um 23,6 Mrd. € steigt. Der Beitragssatz der Bürgerversicherung ist etwas zu hoch angesetzt, um die Gesamtbelastung neutral zu halten, die Einnahmen aus Krankenversicherungsbeiträgen steigen um 6,1 Mrd. €. Das höhere Kindergeld und die deutliche Aufstockung der ALG-II-Regelsätze schlagen mit rund 12 Mrd. € zu Buche. Wie oben dargelegt, sorgt das Reformprogramm der Linkspartei für negative Arbeitsanreize bei Geringverdienern. Erhöhte Sozialleistungen und entgangene Steuereinnahmen infolge der geringeren Beschäftigung führen zu einem Einnahmerückgang von 10 Mrd. €, was den kurzfristigen positiven Effekt auf die Staatseinnahmen mehr als halbiert. Für das Programm der Linkspartei spielen die Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt eine viel stärkere Rolle für die Aufkommenswirkungen als bei den anderen Wahlprogrammen.

## 6 Verteilungswirkungen

Die Wirkung der Wahlprogramme auf die Haushaltsbudgets einzelner Gruppen werden in Tabelle 5 und Abbildung 3 (sowie Tabelle 9 im Anhang) dargestellt, differenziert nach Einkommenschicht und Parteipräferenz. Jede Spalte beinhaltet dabei die prozentualen Änderungen des verfügbaren Einkommens, für das jeweilige Wahlprogramm. Die zugrunde liegenden Einkommen wurden mit der modifizierten OECD-Skala äquivalenzgewichtet, um eine Vergleichbarkeit zwischen Haushalten unterschiedlicher GröÙer herzustellen. Die Einkommensänderungen sind somit als Änderungen für jedes einzelne Haushaltsmitglied zu interpretieren.

Tabelle 5 stellt die statischen Einkommensveränderungen ohne Verhaltensanpassung dar (sog. „Morning-After“-Effekt).<sup>11</sup> Die Analyse nach Einkommensdezilen zeigt, dass die Programme von Union und FDP per Konstruktion keine Einkommenschicht schlechter stellen. Allerdings werden durch beide Modelle reichere Haushalte stärker entlastet, so dass die Umverteilung von reich nach arm abgeschwächt wird. Demgegenüber wirken sämtliche Oppositionsprogramme progressiv auf die Einkommensverteilung und verstärken somit die Umverteilung von oben nach unten durch das Steuer- und Transfersystem. Dementsprechend steigt durch die Oppositionsprogramme die Konzentration der Einkommensteuerlast hin zu den Spitzenverdienern (siehe Tabelle 8 im Anhang).

---

<sup>11</sup>Tabelle 9 im Anhang zeigt die gleichen Ergebnisse nach Anpassung von Arbeitsangebot und -nachfrage. Insgesamt sind die Verteilungswirkungen nach Beschäftigungsanpassung den statischen sehr ähnlich und fallen nur quantitativ etwas geringer aus.

**Tabelle 5: Prozentuale Einkommensänderungen, statischer Effekt**

Reform	Union	FDP	SPD	Grüne	Die Linke
<i>Einkommensdezile</i>					
1	0,00	0,00	2,88	4,91	6,70
2	0,00	0,01	1,98	2,38	2,31
3	0,00	0,04	1,21	1,33	1,13
4	0,00	0,07	0,48	0,60	0,76
5	0,01	0,10	0,63	0,74	0,66
6	0,02	0,10	0,72	0,82	0,70
7	0,07	0,22	0,21	0,42	0,72
8	0,11	0,34	-0,26	-0,09	0,06
9	0,17	0,66	-0,55	-0,53	-0,51
10	0,13	1,52	-1,90	-3,41	-6,44
<i>Parteipräferenzen</i>					
Union	0,06	0,51	-0,15	-0,45	-1,66
FDP	0,13	0,94	-0,44	-1,46	-4,54
SPD	0,04	0,39	-0,36	-0,36	-0,17
Grüne	0,21	1,00	-0,99	-1,76	-1,54
Die Linke	0,07	0,28	1,34	1,44	2,23
Pol. interessiert	0,10	0,60	-0,29	-0,96	-1,20
Nicht interessiert	0,07	0,53	0,36	0,58	0,70
Regierung	0,07	0,59	-0,27	-0,62	-2,00
Opposition	0,09	0,54	-0,37	-0,66	-0,61
<i>Haushaltstypen</i>					
Singles	0,01	0,56	-0,22	-0,18	0,89
Alleinerziehende	0,44	0,73	5,81	6,90	8,30
Paare o. Kinder	0,00	0,36	-0,17	-0,44	-1,50
Paare m. Kindern	0,59	1,56	-0,98	-2,17	-6,10

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1; Veränderungen gegenüber Rechtsstand 2013.

Der mittlere Teil von Tabelle 5 gibt Aufschluss darüber, welche Wählergruppen von welchem Parteiprogramm profitieren. Die Abschaffung des Kinderfreibetrags der Union hat positive, aber moderate Budgetwirkungen über alle Wählergruppen hinweg. Die größten Gewinner des FDP-Programms sind die Wähler von FDP und Grünen. Dies liegt am relativ hohen Durchschnittseinkommen und einer entsprechend hohen Steuerlast dieser Wähler. Eine Streichung des Solidaritätszuschlags hat dementsprechend eine durchschnittliche Entlastung von rund einem Prozent zur Folge.

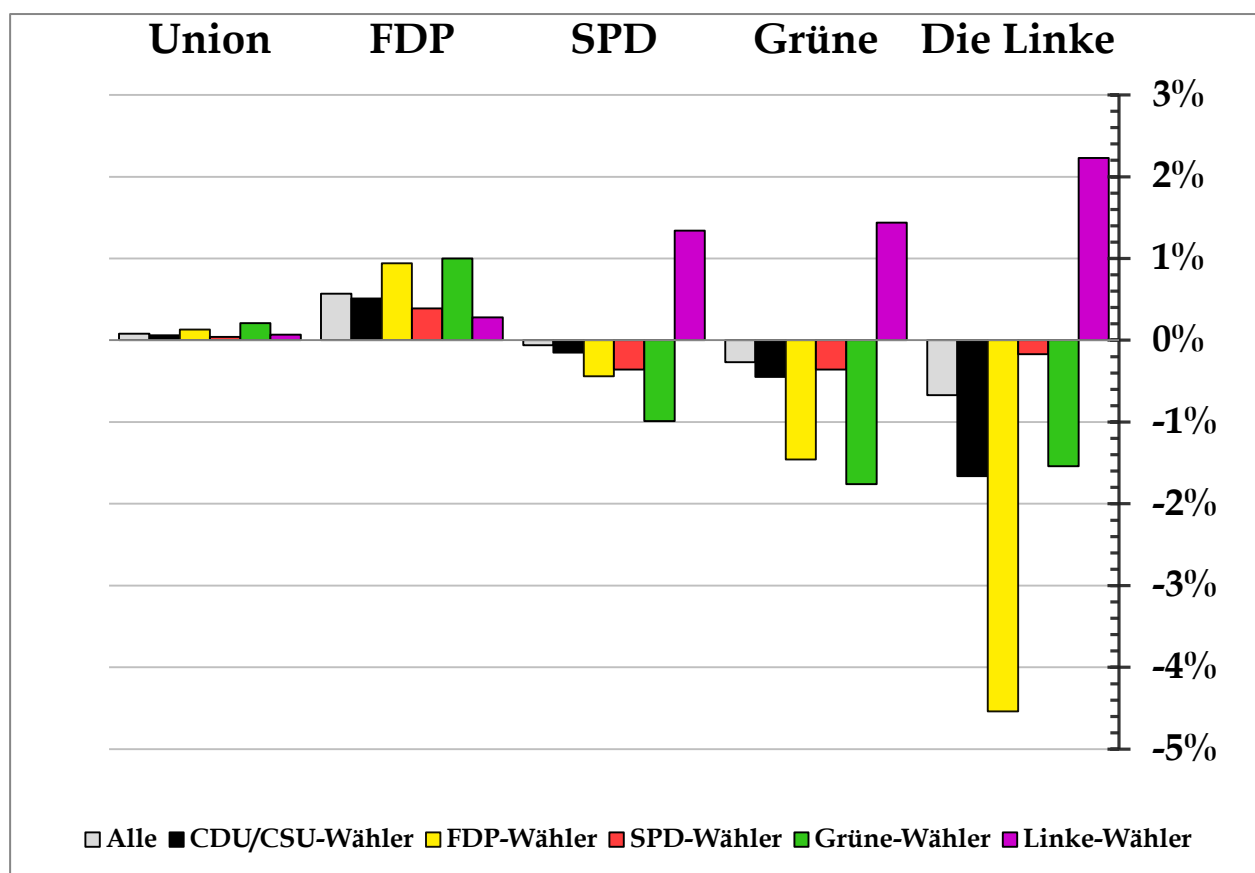
Das SPD-Programm sorgt für Gewinne bei den Wählern der Linkspartei sowie bei den politisch nicht Interessierten. Die eigene Wählerklientel wird mit durchschnittlich 0,38% leicht stärker belastet. Das Programm von Bündnis 90/Die Grünen hat eine stark progressive Wirkung durch den höheren Spitzensteuersatz als auch durch die Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes. Die Hauptgewinner des Grünen-Wahlprogramms sind wieder die Wähler der Linkspartei. Interessanterweise wird die eigene Wählerschaft deutlich stärker belastet. Der Einkommensverlust der Grünen-Wähler beträgt durchschnittlich 1,8%, was etwas über dem Verlust bei den FDP-



Anhängern liegt. Aufgrund des relativ hohen Einkommens der Grünen-Anhänger entspricht 1,8% einer Mehrbelastung von jährlich durchschnittlich 480 €. Das Programm der Partei Die Linke führt zu Verlusten über alle Wählergruppen hinweg, mit Ausnahme der eigenen Klientel sowie der Nichtwähler. FDP-Wähler erleiden im Durchschnitt Verluste von 4,5%, würden alle Vorschläge der Linkspartei umgesetzt. Dies entspricht einer jährlichen Mehrbelastung von 1.400 €, während Wähler der Linkspartei im Schnitt 245 € mehr in der Tasche haben würden.

Eine Analyse nach Haushaltstypen schließlich zeigt, dass Haushalte mit Kindern naturgemäß vom höheren Kindergeld (SPD, Grüne) bzw. dem höheren Kinderfreibetrag (Union) profitieren. Insbesondere Alleinerziehende werden durch das höhere Kindergeld für Geringverdiener signifikant besser gestellt. Die Abschaffung bzw. Begrenzung des Ehegattensplittings durch die Linkspartei bzw. die Grünen führt bei Paaren durchschnittlich zu Verlusten, da ein Großteil dieser Paare auch verheiratet ist.

**Abbildung 3: Verteilungswirkungen nach Parteipräferenz**



Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1; Veränderungen gegenüber Rechtsstand 2013.

Abbildung 3 verdeutlicht die Verteilungswirkungen nach Wählergruppen noch einmal grafisch. Die SPD-Reformen lassen die Einkommen der eigenen Wähler in etwa unverändert. Die Grünen-Pläne hätten starke Mehrbelastung für die eigene Wählerschaft zur Folge, während Anhänger der Linkspartei vom Wahlprogramm der Linkspartei starke Gewinne erfahren. Interessant ist zudem, dass die SPD-Pläne die Anhänger von Regierungs- und Oppositionsparteien in etwa gleich behandeln, während das Programm der Linkspartei Wähler von Regierungsparteien deutlich stärker belastet (-2% gegenüber -0,6% für Wähler von Oppositionsparteien).

Die bisherige Analyse der Verteilungswirkungen hat einen einseitigen Fokus auf die Einnahmenseite des Staatshaushalts gelegt, d.h. bisher wurden nur Effekte betrachtet, die sich aus Änderungen im System der direkten Steuern und Transfers ergeben. Die Oppositionsparteien begründen ihre Steuererhöhungen jedoch unter anderem damit, die Mehreinnahmen für Investitionen in öffentliche Güter wie etwa Bildung oder Kindebetreuung zu verwenden. Eine vollständige Analyse der Verteilungswirkungen der Wahlprogramme sollte jedoch auch die Effekte miteinbeziehen, die durch Änderungen auf der *Ausgabenseite* entstehen. Daher erscheint es sinnvoll, den Nutzen aus öffentlichen Gütern in die Simulation miteinzubeziehen.

Die Zurechnung des Nutzens aus öffentlichen Gütern zu einzelnen Personengruppen stellt sich jedoch aus verschiedenen Gründen schwierig dar. Daher nehmen wir der Einfachheit halber an, dass die zusätzlichen Einnahmen aus Tabelle 4 pauschal an jeden Bundesbürger ausgezahlt werden. Technisch wird dies so umgesetzt, dass die zusätzlichen Staatseinnahmen aus dem oberen Teil von Tabelle 4 durch 80 Millionen Bundesbürger geteilt und dann auf das verfügbare Haushaltseinkommen gemäß der Anzahl der Haushaltsmitglieder addiert werden. Die Investitionen in öffentliche Güter werden somit als ein Pauschaltransfer simuliert, wobei ignoriert wird, dass staatliche Investitionsprogramme womöglich erst nach mehreren Jahren ihre Wirkung entfalten. Außerdem nehmen wir an, dass die gesamte zur Verfügung stehende Summe sinnvoll und ohne Verschwendung den Bürgern wieder zu Gute kommt. Für die SPD beträgt er 54 € pro Person und Jahr, bei Bündnis 90/Die Grünen 90 € und bei der Partei Die Linke 225 €. <sup>12</sup>

**Tabelle 6: Verteilungswirkungen nach Pauschaltransfers**

Reform	SPD	Grüne	Die Linke
<b>Jährlicher Pauschaltransfer</b>	54 €	90 €	225 €
Union	0,11	-0,01	-0,54
FDP	-0,23	-1,10	-3,63
SPD	-0,07	0,14	1,11
Grüne	-0,74	-1,33	-0,41
Die Linke	1,69	2,02	3,72
Pol. interessiert	-0,01	-0,48	0,04
Nicht interessiert	0,71	1,16	2,23
Regierung	-0,02	-0,20	-0,90
Opposition	-0,09	-0,18	0,64

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1.

Die Effekte auf die Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung dieser Transfers finden sich in Tabelle 6. Die Werte beziehen sich auf den rein statischen Effekt. Verhaltensanpassungen wurden ignoriert, da ihre Wirkung nicht im gegebenen Modellrahmen simuliert werden können. Naturgemäß sind die Effekte durchweg positiver als in der vorherigen Analyse. So verbleibt das Top-Einkommensdezil als einzige Einkommensgruppe mit Verlusten. Die Berücksichtigung der Pauschaltransfers ändert wenig an der Tendenz, welche Wählergruppen von welchem Programm be- oder entlastet werden. Das Durchschnittseinkommen der SPD-Anhänger bleibt nun durch das SPD-Programm praktisch unverändert. Die Grünen-Wähler stellen weiterhin die

<sup>12</sup> Nimmt man an, dass die Mindereinnahmen durch die Programme von Union und FDP nicht durch Neuverschuldung, sondern durch Ausgabenkürzungen finanziert werden, ergäbe sich ein negativer Pauschaltransfer (Pauschalsteuer) von jährlich -20€ (CDU/CSU) bzw. -159 € (FDP).

Hauptverlierer-Gruppe des Grünen-Programms dar, wenn auch in geringerem Ausmaß. Die hohen (kurzfristigen) Mehreinnahmen des Programms der Linkspartei erhöhen die Einkommen ihrer eigenen sowie der SPD-Anhänger. Unions-, FDP-, und Grünen-Wähler bleiben jedoch in der Verlustzone.

## 7 Fazit

In diesem Beitrag haben wir untersucht, wie sich die in ihren Wahlprogrammen formulierten Vorschläge der Parteien auf einzelne Wählerschichten auswirken würden. Unsere Analyse zeigt, dass die Parteien unterschiedliche Strategien bei der Formulierung ihrer Parteiprogramme verfolgen. Die von der FDP vorgeschlagene Abschaffung des Solidaritätszuschlags begünstigt wohlhabende Bevölkerungsschichten überproportional und kommt damit der FDP-Stammwählerschaft und, interessanterweise, auch den Sympathisanten der Grünen zu Gute. Der Grund für dieses Ergebnis ist die Ähnlichkeit von FDP- und Grünen-Anhängern im Hinblick auf eine Reihe von sozio-demografischen Merkmalen, insbesondere bezüglich des Bildungsniveaus und damit einhergehend des Einkommens. Dies hat zur Folge, dass die Effekte der einzelnen Vorschläge für diese beiden Wählergruppen grundsätzlich in die gleiche Richtung gehen - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Das Wahlprogramm der Grünen sticht insofern heraus, als dass die Grünen als einzige Partei ihre eigene Wählerschaft deutlich belasten würde. Eine mögliche Erklärung für Verhalten der Grünen ist die überdurchschnittlich hohe Identifikation (oder „Treue“) der Grünen-Anhänger mit ihrer Partei (siehe Tabelle 10 im Anhang). Möglicherweise sind den Grünen-Wählern aus diesem Grund Mehrbelastungen eher zuzumuten, ohne dass dies ihre Wahlentscheidung beeinflusst. Ein weiterer möglicher Erklärungsansatz könnte darin liegen, dass ökonomische Fragen wie der persönliche Wohlstand (beispielsweise auch aufgrund höherer Umverteilungspräferenzen) bei der Wahlentscheidung typischer Grünen-Wähler eine untergeordnete Rolle spielen, während die FDP die Einkommenswirkung von Steuerplänen auf ihre Wählerklientel stärker im Blick haben muss.

Des Weiteren zeigt die Analyse, dass alle drei Oppositionsparteien mit ihren Vorschlägen im Bereich des Steuer- und Transfersystems - höhere Steuern und Abgaben bei gleichzeitiger Anhebung von Sozialleistungen - eindeutig auf eine Wählerklientel im linken Spektrum abzielen. Von den Oppositionsprogrammen würden lediglich die Sympathisanten der Partei Die Linke (und Nichtwähler) profitieren, während die Wählerschichten aller anderen Parteien belastet würden. Die Belastung ist insbesondere für Bezieher hoher Einkommen, die in der Regel eher der FDP oder den Grünen nahe stehen, hoch. Dies führt zu einer negativen durchschnittlichen Einkommensänderung über die gesamte Bevölkerung, die bei der Linkspartei am stärksten ausfällt.

## 8 Referenzen

- Andersen, R., J. Tilley und A. F. Heath (2005): Political Knowledge and Enlightened Preferences: Party Choice Through the Electoral Cycle, *British Journal of Political Science*, 35, S. 285-302.
- Bach, S., P. Haan und R. Ochmann (2013): Reformvorschläge zur Einkommensteuer: Mehr echte und weniger kalte Progression, *DIW Wochenbericht* 30/2013, S. 3-12.
- Cox, G. W. (2009): Swing voters, core voters and distributive politics, in: Shapiro et al. (Hrsg.): *Political Representation*, S. 342-357.
- Knabe, A. (2006): Warum Zuverdienstregeln und Kinderzuschlag negative Arbeitsanreize setzen, *ifo Dresden berichtet*, 13 (02), S. 10-15.
- Kroker, R., H. Lesch, J. Pimpertz, T. Schaefer und O. Stettes (2013): Die Programme zur Bundestagswahl 2013 von SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die LINKE, FDP und CDU/CSU, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, online verfügbar, <http://www.iwkoeln.de/de/wissenschaft/veranstaltungen/beitrag/wahlprogramme>
- Kuhn, U. (2011): Persuasion Effects in Electoral Campaigns - A Comparative Analysis of Household Panel Data, *Schmollers Jahrbuch*, 131 (2), S. 409-418.
- Löffler, M., A. Peichl, N. Pestel, S. Siegloch und E. Sommer (2013): Documentation IZAΨMOD v3.0: The IZA Policy Simulation Model, IZA Bonn, mimeo.
- Peichl, A., H. Schneider und S. Siegloch (2010): Documentation IZAΨMOD, IZA Discussion Paper Nr. 4865, Institut zur Zukunft der Arbeit, Bonn.
- Peichl, A. und S. Siegloch (2012): Accounting for Labor Demand Effects in Structural Labor Supply Models, *Labour Economics*, 19 (1), S. 129-138.
- Van Soest, A. (1995): Structural Models of Family Labor Supply: A Discrete Choice Approach, *Journal of Human Resources*, 30, S. 63-88.

## 9 Anhang

Tabelle 7: Budgetwirkungen nach Dezilen

Reform	Union	FDP	SPD	Grüne	Die Linke
<i>Dezile</i>	<i>Differenz zu 2013, in Mrd. €</i>				
1	0,0	-0,1	-2,3	-4,5	-8,0
2	0,0	-0,2	-1,5	-2,5	-3,8
3	0,0	-0,2	-1,2	-2,2	-3,4
4	0,0	-0,3	-1,2	-2,2	-3,6
5	0,0	-0,4	-1,1	-2,1	-3,9
6	0,0	-0,5	-0,6	-1,5	-3,3
7	-0,1	-0,8	-0,6	-1,5	-3,9
8	-0,2	-1,1	0,6	0,2	-2,4
9	-0,4	-2,0	2,1	2,9	0,2
10	-0,7	-7,8	11,4	21,9	40,8
<b>Σ</b>	<b>-1,4</b>	<b>-13,4</b>	<b>5,7</b>	<b>8,3</b>	<b>8,8</b>

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1. Angegeben ist die Differenz im Gesamtaufkommen aus direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Transferzahlungen nach Anpassung der Arbeitsnachfrage.

Tabelle 8: Beitrag zum gesamten Steueraufkommen nach Dezilen

Reform	RS2013	Union	FDP	SPD	Grüne	Die Linke
<i>Dezil</i>	<i>in % des Gesamtaufkommens an Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag</i>					
1	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
2	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%	0,3%	0,4%
3	1,0%	1,1%	1,0%	1,0%	0,9%	0,7%
4	2,7%	2,7%	2,7%	2,6%	2,5%	2,1%
5	3,4%	3,5%	3,5%	3,4%	3,3%	3,6%
6	3,4%	3,3%	3,5%	3,3%	3,1%	3,3%
7	6,7%	6,0%	6,8%	6,6%	6,3%	5,9%
8	11,3%	10,5%	11,4%	11,1%	10,6%	10,6%
9	23,4%	23,5%	23,4%	22,8%	22,4%	22,3%
10	47,7%	49,0%	47,4%	48,9%	50,4%	51,1%
<b>Aufkommen in Mrd. €</b>	<b>247,6</b>	<b>241,3</b>	<b>234,4</b>	<b>255,9</b>	<b>261,6</b>	<b>266,0</b>

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1. RS2013 = Rechtsstand 2013. Verteilung des Steueraufkommens nach Anpassung der Arbeitsnachfrage.

**Tabelle 9: Prozentuale Einkommensänderungen nach Arbeitsangebots- und -nachfrageanpassung**

Reform	Union	FDP	SPD	Grüne	Die Linke
<i>Einkommensdezile</i>					
1	0,00	0,00	2,98	5,01	6,86
2	0,00	0,01	2,01	2,40	2,33
3	0,00	0,04	1,24	1,37	1,14
4	0,00	0,08	0,55	0,68	0,80
5	0,01	0,10	0,64	0,75	0,70
6	0,03	0,11	0,70	0,80	0,72
7	0,07	0,23	0,21	0,41	0,74
8	0,11	0,35	-0,26	-0,10	0,05
9	0,17	0,67	-0,55	-0,53	-0,51
10	0,13	1,50	-1,83	-3,35	-6,39
<i>Parteipräferenzen</i>					
Union	0,07	0,51	-0,15	-0,45	-1,65
FDP	0,13	0,94	-0,44	-1,46	-4,55
Grüne	0,04	0,39	-0,36	-0,36	-0,16
Die Linke	0,21	1,00	-0,98	-1,75	-1,52
Pol. interessiert	0,07	0,29	1,39	1,49	2,26
Nicht interessiert	0,11	0,60	-0,29	-0,95	-1,20
Opposition	0,07	0,51	0,47	0,68	0,77
Regierung	0,07	0,59	-0,27	-0,62	-1,99

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1. Veränderungen gegenüber Rechtsstand 2013.

**Tabelle 10: Parteipräferenz und -identifikation**

Parteipräferenz	Stärke der Parteiidentifikation	
	„Sehr stark“	Mind. „ziemlich stark“
Union	6,4 %	41,4 %
FDP	8,4 %	40,2 %
SPD	8,8 %	41,3 %
Grüne	7,9 %	56,8 %
Die Linke	9,4 %	45,7 %

Quelle: SOEP-Welle 2009.

**Tabelle 11: Einkommen und Steuerlast nach Dezilen**

<b>Einkommensdezil</b>	<b>Durchschn. Verfügbares Haushalts-Einkommen</b>	<b>Durchschn. Einkommen- steuerlast</b>
<i>Pro Monat, Rechtsstand 2013</i>		
1	609 €	1 €
2	1168 €	7 €
3	1501 €	20 €
4	1696 €	28 €
5	1940 €	44 €
6	2203 €	60 €
7	2585 €	158 €
8	3065 €	265 €
9	3941 €	549 €
10	7261 €	2310 €
<b>Gesamt</b>	<b>2748 €</b>	<b>409 €</b>

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD v. 3.0.1.